

Movida española: Offenes Berlin

Diskussionsrunde über die aktuelle Migration aus Spanien nach Berlin

Im Rahmen der Diskussionsrunde „Movida española: Offenes Berlin“ am 18. April 2018 im Instituto Cervantes in Berlin diskutieren aus Spanien zugewanderte, in Berlin lebende Personen über die aktuelle Migration aus Spanien nach Berlin. Im Zentrum des Austauschs steht zum einen die Frage, inwiefern die politische Situation in Spanien dazu beiträgt, dass in den letzten Jahren vermehrt Spanierinnen und Spanier ihr Herkunftsland verlassen und ihren Lebensmittelpunkt u. a. nach Berlin verlagern. Zusätzlich tauschen sie sich darüber aus, wie sich die Situation der nach Berlin zugewanderten Personen aus Spanien gestaltet. Der Fokus liegt dabei auf ihrer Arbeitssituation und den Herausforderungen, auf die sie bei der Arbeitsmarktintegration stoßen. Abschließend zeigen die Sprechenden auf, welche Ressourcen und Handlungsansätze dabei behilflich sein können, die diskutierten Herausforderungen zu meistern.

Zu Beginn der Veranstaltung gibt Marianne Kraußlach (Minor) einen Überblick über die Informationen, die über in Berlin lebende Spanierinnen und Spanier zur Verfügung stehen. Dabei hebt sie hervor, dass sich die Anzahl der in Berlin gemeldeten Personen aus dieser Zielgruppe in den Jahren zwischen 2008 (7.044 Personen) und 2017 (14.252 Personen) verdoppelt hat. Aus den präsentierten Ergebnissen einer von Minor durchgeführten Studie geht hervor, dass es sich bei den Neuzugewanderten aus Spanien um eine Gruppe an Personen handelt, die sich v. a. durch ihr junges Alter und ihr sehr hohes Qualifikationsniveau kennzeichnet. In der Regel kommen sie ohne jegliche Kenntnisse der deutschen Sprache und in Ungewissheit darüber, für wie lange sie in Berlin bleiben werden. Vielen von ihnen gelingt es zwar, eine Arbeitsstelle zu erhalten. Ein beachtlicher Anteil jedoch (ca. 43 %) berichtet, für die derzeitige Arbeit eigentlich überqualifiziert zu sein.

Als eine für die Diskussionsrunde besonders interessante Erkenntnis aus der Studie hebt Frau Kraußlach den Umstand hervor, dass die Unzufriedenheit mit der politischen Situation von den von Minor befragten Spanierinnen und Spaniern als das ausschlaggebendste Migrationsmotiv angegeben wurde. Da es sich um eine quantitative Umfrage handelte, sei aus der Studie nicht ersichtlich, welche Aspekte es genau waren, die sie bewogen, diese Angabe zu machen. Aus diesem Grund bittet sie die drei Expertinnen und den Experten, die auf das Podium geladen wurden, zu erläutern, welchen Zusammenhang sie zwischen der politischen Situation in Spanien und der Auswanderung nach Berlin erkennen.

Cristina Faraco, die Vorsitzende von La Red (einer spanischen Migrantenorganisation), zeigt sich davon überzeugt, dass ein solcher Zusammenhang existiert. Es sei maßgeblich auf das Versagen der Politikerinnen und Politiker im Zuge der Finanzkrise zurückzuführen, dass viele junge Menschen keine Perspektive mehr in ihrem Land sähen und sich dazu entschieden, dieses zu verlassen. Ihrem Eindruck zufolge, der sich u. a. durch den Kontakt mit den vielen Hunderten von Ratsuchenden ergibt, die sich an La Red wenden, ist der Anteil derjenigen, die diesen Schritt als Notlösung und keineswegs als freie Entscheidung wahrnehmen, hoch. Während die politische Führungsriege Spaniens das Phänomen der

Emigration häufig als etwas Positives, nämlich ein Zeichen von gelingender europäischer Mobilität, darstelle, handele es sich in Wirklichkeit um eine Folge der durch die politischen Maßnahmen nicht behobenen drängenden Probleme wie der hohen Jugendarbeitslosigkeit.

Ganz ähnlich sieht das Concha Álvarez, die sich freiwillig für „Oficina precaria“ („Prekäres Büro“) engagiert, das es sich zur Aufgabe gemacht hat, Spanierinnen und Spaniern zu helfen, die in Berlin leben und mit Problemen bei der Arbeitsmarktintegration oder auch anderen Aspekten der Integration in Berlin zu kämpfen haben. Immerhin, argumentiert sie, habe laut der Studie von Minor mehr als die Hälfte der arbeitenden Spanierinnen und Spanier eine Arbeitsstelle, die ihren Qualifikationen entspreche. Dies sei derzeit in Spanien undenkbar. Junge Menschen mit akademischer Ausbildung sähen sich dort häufig genötigt, in der Gastronomie oder im Tourismus zu arbeiten, da sie keinen Zugang zu den Sektoren fänden, für die sie eigentlich ausgebildet seien. Sie verweist darauf, dass sich in diesem Zusammenhang in Spanien eine Bewegung gegründet habe, die den Namen „Jóvenes sin futuro“ (Junge Menschen ohne Zukunft) heiße. Dies versinnbildliche, wie ein großer Anteil an Menschen in der jungen Generation in Spanien sich selbst wahrnehme. Miguel Sanz, einer der Gründer der Gruppe „Grupo de Acción Sindical“ („Gruppe gewerkschaftliche Aktion“) gibt zu bedenken, dass es sich nicht im strengen Sinne um politische Gründe handele. Er bezweifelt, dass die Menschen, die sich für die Emigration entscheiden, sich in Spanien politisch verfolgt oder in ihrer Meinungsfreiheit eingeschränkt fühlen. Ana Pareja, die seit 2014 die spanische Buchhandlung „Bartleby & Co.“ in Berlin betreibt, ergänzt, dass man häufig nicht eindeutig zwischen politischen und wirtschaftlichen Gründen unterscheiden könne. Sie pflichtet Herrn Sanz bei, dass sich die Mehrheit nicht politisch verfolgt fühle. Die Unzufriedenheit mit den Politikerinnen und Politiker sei dennoch groß, da diese in ihrer Wahrnehmung nicht ausreichend dafür sorgten, dass sich die ökonomische Situation für junge Menschen verbessere. Frau Faraco stimmt zu, dass es vorrangig dieser Umstand sei, der in den letzten Jahren viele Spanierinnen und Spanier veranlasst habe, ins Ausland zu gehen. Sie ergänzt, dass ihr jedoch auch Fälle bekannt seien, in denen andere Gründe entscheidend gewesen seien: So wisse sie von Informatikerinnen bzw. Informatikern, die sich dazu entschlossen hätten, ihre Arbeit bei einer Bank niederzulegen und Spanien zu verlassen, da sie die Verhaltensweisen der Bäckerinnen und Bäcker aus ethischer Perspektive verwerflich fanden.

In Bezug auf die Frage, wie es um berufliche die Situation der Spanierinnen und Spanier hier in Berlin gestellt ist, sind sich die Sprechenden einig. Zwar brächten sie hohe Qualifikationen mit, doch aufgrund der Tatsache, dass sie ohne Deutschkenntnisse kämen, über keine oder nur wenige soziale und v. a. professionelle Kontakte und nur über geringe finanzielle Rücklagen verfügten, benötige ein beachtlicher Teil der aus Spanien Neuzugewanderten Unterstützung. Frau Álvarez berichtet, dass es nicht selten passiere, dass die Ratsuchenden mit einem Arbeitsvertrag zu ihr kämen, den sie – ohne ihn zu verstehen – unterschrieben haben. Die Übersetzungsarbeit sei eine der Leistungen, die ihre Klientinnen und Klienten am häufigsten in Anspruch nähmen. Seit einiger Zeit, fügt sie hinzu, kämen immer mehr Personen zu ihr, die große Schwierigkeiten hätten, eine Wohnung zu finden und so eine Anmeldung erhalten zu können.

Miguel Sanz verweist auf das Problem der geringeren Entlohnung bei gleicher Arbeit. Studien hätten gezeigt, dass Spanierinnen und Spanier in Deutschland für die gleiche Arbeit ca. ein Viertel weniger Lohn erhielten. Ein Problemfeld stellt seiner Erfahrung nach auch die Tatsache dar, dass Arbeitgeber (u. a. spanische) Personen ausnutzten, die sie über einen Mini-Job angestellt haben. Sie verlangten

häufig, dass diese mehr Stunden arbeiten und verweigerten ihnen beispielsweise den Urlaubsanspruch. Er gibt zudem an, dass sich Spanierinnen und Spanier in Situationen an „Grupo de Acción Sindical“ wendeten, wenn ihnen unerwartet und ohne nachvollziehbaren Grund gekündigt wurde. Herr Sanz macht sich dafür stark, dass sich die Menschen, die sich in ähnlichen Problemlagen wiederfinden, zusammenschließen und durch kollektive Aktionen ihre Position stärken. Er berichtet, dass dieses Vorgehen im Fall der Pflegerinnen und Pfleger aus Spanien, die mit ihren Arbeitsbedingungen und der Gestaltung ihrer Verträge sehr unzufrieden waren, von Erfolg gekrönt war.

Frau Faraco hat in den letzten Jahren eine Veränderung in den Anfragen bemerkt, mit denen sich die spanischsprachigen Ratsuchenden an La Red wenden. So sei die Anzahl an Fragen zum Thema Krankenkasse stark gesunken, wohingegen nun vermehrt Fragen in Bezug auf Arbeitsrecht, Gründung und die Anerkennung eingehen.

Dass die Wohnungssuche ein zunehmend belastendes Thema für die Spanierinnen und Spanier darstellt, kann auch Ana Pareja bestätigen. Ihre Buchhandlung ist ein Treffpunkt für viele Spanierinnen und Spanier in Berlin. Dort hat sie bereits von vielen Klientinnen und Klienten Erfahrungsberichte von Personen erhalten, die sich lange und vergeblich um eine Wohnung bemühten. Auch von Diskriminierungserfahrungen hört sie mitunter. In ihrer Buchhandlung „Bartleby & Co.“ wird jedoch selbstverständlich nicht einzig über Probleme gesprochen. Vielmehr organisiert sie regelmäßig Konzerte sowie Lesungen und Workshops. In der letzten Zeit widmet sie sich verstärkt auch Themen, die in der deutschen Öffentlichkeit und Politik diskutiert werden. Durch spanischsprachige Angebote zu diesen Themen möchte sie eine Plattform bieten, die es Spanierinnen und Spaniern ermöglicht, sich auch mit den in Deutschland geführten Debatten vertraut zu machen. Schließlich sei es so, dass ein Großteil zwar intensiv die spanische Presse verfolge und sich intensiv mit dort geführten Diskussionen auseinandersetze, während kaum eine Beschäftigung mit der Situation in Deutschland stattfindet.

Von der Moderatorin danach befragt, welche Ratschläge er für in Berlin lebende Menschen aus Spanien habe, appelliert Miguel Sanz an diese, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Zudem wünscht er sich, dass die deutschen Gewerkschaften zukünftig mehr Interesse für die Belange der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ohne deutsche Staatsbürgerschaft zeigen. Er fordert die Zielgruppe zudem auf, sich mit dem Arbeitsrecht vertraut zu machen und zustehende Rechte einzufordern.

Übereinstimmend fordern alle Diskutantinnen und der Diskutant, dass es ausreichend Fördermittel für Beratungsstrukturen und Migrantenorganisationen geben sollte. Zwar sei es löblich, dass Berlin ein Willkommenszentrum geschaffen habe, an das sich neu nach Berlin Zugezogene wenden können. Die Arbeit, die die Migrantenorganisationen leisteten, könne dieses jedoch nicht ersetzen. Dazu fehlten dort zum einen die Sprachkompetenzen, zum anderen sei es für die Zugewanderte wichtig und ermutigend, Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner zu haben, die ihren kulturellen Hintergrund teilten und selbst einen Migrationsprozess durchlaufen hätten.

Frau Faraco äußert den Wunsch, dass Spanierinnen und Spanier zukünftig in gesellschaftlich relevanten und politischen Gremien sichtbar werden und in den in Deutschland geführten politischen Debatten hörbarer werden.

Der Hinweis einer Teilnehmerin aus dem Publikum, sich darüber im Klaren zu sein, dass man durch das Einbringen der eigenen Kompetenzen einen Beitrag für die deutsche Gesellschaft leiste und dementsprechend selbstbewusst aufzutreten, wird von allen Anwesenden als wesentlich angesehen.